



# Die zerrissene Gesellschaft

zwischen Spaltung  
und Begegnung

Demokratie und  
künstliche Intelligenz

Halbzeitbilanz der  
Koalition

Bürgerrat Ernährung  
im Bundestag

Wir leben in einer zerrissenen Gesellschaft, die auch unsere Demokratie gefährdet. Nicht nur der zunehmende Rechtspopulismus sollte uns Sorgen machen. Was sind mögliche Ursachen und Lösungen?

ab Seite 8



Der erste vom Bundestag initiierte Bürgerrat ist im September zum Thema Ernährung gestartet. Wie sieht ein gutes Prozessdesign dafür aus?

ab Seite 30

In der Schweiz fand am 18. Juni eine erfolgreiche Volksabstimmung pro Klima statt. Was können wir davon lernen?

ab Seite 38



## Inhalt

### Die zerrissene Gesellschaft

- 4 Einleitung: Begegnung oder Spaltung?
- 6 Forschung: Risse in der Gesellschaft
- 8 Interview: Die zerrissene Gesellschaft
- 12 Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt
- 18 Engagementpolitik

### Umgang mit der AfD

- 22 Zu den Wahlen in Ostdeutschland

### Halbzeitbilanz der Koalition

- 26 Regierungsvorhaben zu Demokratie und Beteiligung

### Bürgerrat Ernährung

- 30 Parlament beschließt den Bürgerrat „Ernährung im Wandel“
- 32 Wie gestaltet man einen Bürgerrat?

### KI und Demokratie

- 35 Künstliche Intelligenz trifft Demokratie

### Klimapolitik und Bürgerbeteiligung

- 38 Der Klima-Volksentscheid in der Schweiz
- 42 Bürgerentscheide für den Klimaschutz

### Lokale Politik

- 44 Volksabstimmungen in Berlin
- 46 Dialogreihe: Denken und Debattieren in Sachfragen
- 48 Demokratie-Offensive für Bayern

### Rezension

- 52 Andreas Gross: „Landbote vs. NZZ“

### MD INTERN

- 54 Einsichten (ehemals FAQ)
- 55 Ankündigung Bundesmitgliederversammlung
- 56 Ländertelegramm

### Demokratischer Spruch

- 58 Parker Palmer

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Krise beginnt in uns.

Leben wir in einer zerrissenen Gesellschaft? Sind „die Anderen“ ganz anders als wir? Gibt es da überhaupt noch Gemeinsamkeiten? Fühlen wir uns noch als Teil dieser Demokratie? Diese Fragen beschäftigen immer mehr Menschen und werden in diesem Magazin aus unterschiedlichen Perspektiven aufgegriffen.

Jeder weiß, wie schwer es ist, wenn wir im eigenen Familien- oder Freundeskreis Äußerungen und Gedanken hören, die wir nicht teilen. Wir wenden uns ab. Völlig natürlich. Auch, wenn wir es kaum bemerken und nicht wahrhaben wollen: Die Distanz beginnt in uns! Wir spalten. Wir ziehen Gräben. Wir ziehen uns zurück, wenn uns etwas nicht gefällt. Oft unbemerkt grenzen wir aus, was nicht Teil von uns sein soll: andere Meinungen, Haltungen und Positionen. Menschen.

Aber müssen wir uns wirklich von Menschen abwenden? Ist es nicht möglich, dass wir Meinungen und Haltungen ablehnen, aber mit den Menschen, die sie vertreten, trotzdem in Verbindung bleiben?

Ja, das ist möglich!

In den einleitenden Artikeln werden verschiedene Wege dafür aufgezeigt. Einen kreativen Dialog ganz unterschiedlicher Menschen können wir in der Praxis schon jetzt, in Bürgerräten erleben. Beispielsweise tagt gerade der Bürgerrat „Ernährung“, den der Bundestag kürzlich eingesetzt hat (Seite 30).

Und was muss sich in Berlin (Seite 44) und in Bayern (Seite 50) ändern, damit unsere Demokratie lebendig wird?

Und wie sieht es mit der Spaltung in der Schweiz aus, wo es seit Jahren große rechtspopulistische Anteile in der Gesellschaft gibt und dennoch gerade in einer Volksabstimmung mehr Klimaschutz beschlossen wurde (Seite 39)?

Kurzum: Wie verringern wir unsere Distanz zu anderen? Wie holen wir zurück, was an den Rand gedrängt ist? Wie lässt sich das, was uns spaltet, überwinden, und das verbinden, was uns gemeinsam ist?

Durch die Demokratie. Durch viele demokratische Erlebnisse können wir Zusammenhalt herstellen!

Ich wünsche Ihnen viele Anregungen mit diesem Heft!

Ihre



Claudine Nierth,  
Vorstandssprecherin



Claudine Nierth,  
Bundesvorstandssprecherin  
von Mehr Demokratie



# „Die zerrissene Gesellschaft“ - Ideen für eine resiliente Demokratie

Ein Interview mit Claudine Nierth und Roman Huber -  
von Dieter Halbach

**Dieter Halbach:** Der Themen-Schwerpunkt dieses Magazins lautet „Die zerrissene Gesellschaft“. Wir haben angesichts der zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft den gleichen Titel gewählt wie euer Buch. Was war euer Motiv, dieses Buch zu schreiben?

**Roman Huber:** In unserer langjährigen Arbeit bei Mehr Demokratie sind wir immer wieder an unsichtbare Grenzen gestoßen, wo nichts weiterzugehen schien. Zugespitzt hat sich dies in der Coronazeit. Die Gründe dafür sind nach unserer Erfahrung mit den herkömmlichen politischen Erklärungsansätzen kaum zu erfassen. Bewusste wie unbewusste Emotionen spielen eine viel größere Rolle, als ich angenommen hatte. Noch weniger im Bewusstsein ist die oft unter allem liegende Traumaschicht. Sie besteht aus individuellen und sozialen Traumastrukturen, die uns alle betreffen. Sie beeinflussen Gesellschaft wie Politik und haben einen entscheidenden, aber unsichtbaren Anteil an unseren Krisen. Wenn wir uns auch dieser Einflüsse bewusstwerden, kann ein wirklich innovativer demokratischer Dialog entstehen.

**Worin zeigt sich für euch die Zerrissenheit der Gesellschaft?**

**Claudine Nierth:** Spaltung entsteht in uns, indem wir uns von etwas zurückziehen, uns distanzieren und etwas ablehnen. Pandemie, Krieg, Klima - politische Themen fordern uns heraus. Sind Meinungen und Positionen erst Teil der eigenen Identität, verändern wir sie nicht mehr. Das wäre zu schmerzhaft. Das Gefühl der Menschen, in einer zerrissenen Gesellschaft zu leben, ist Ausdruck des Nichtdazugehörens, des Nichtgehörtwerdens und des sich selbst als anders Erlebens. Jeder selektiert die Aufnahme von Informationen nach persönlichen Neigungen. Wir nehmen in der Regel auf, was unsere eigene Position bestätigt. Und viele Menschen fühlen sich alleingelassen mit ihren Sorgen, sie erleben den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht mehr.

**R.H.:** Die zerrissene Gesellschaft ist auch eine „getriggerte“ Gesellschaft. Wir können regelrecht von einer traumaaktivierten Gesellschaft sprechen. Traumata sind unverarbeitete seelische Verletzungen, die sich individuell, aber auch kollek-



„Das Gefühl der Menschen, in einer zerrissenen Gesellschaft zu leben, ist Ausdruck des Nichtdazugehörens, des Nichtgehörtwerdens und des sich selbst als anders Erlebens.“

Claudine Nierth,  
Bundesvorstandssprecherin

tiv ins gesellschaftliche Gedächtnis schreiben. Werden sie reaktiviert, ist alles zu viel, zu schnell, zu plötzlich. Wer im Trauma steckt, sieht die Welt durch diese Brille. Auch die Erlebnisse unserer Vorfahrinnen und Vorfahren haben Einfluss auf unser Leben. Kollektives Trauma umfasst Gewaltereignisse wie zum Beispiel Kriege, Hungersnöte, Seuchen, Rassismus, Unterdrückung, die langfristig tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen und dadurch das Verhalten und die Kultur der betroffenen Gemeinschaft und Gesellschaft beeinflussen.

**Was ist die grundlegende Aussage und Erkenntnis eures Buches?**

**R.H.:** Emotionen, nicht nur Gedanken bestimmen unser politisches Handeln. Wir müssen Emotionen genauso beachten und einbeziehen wie Inhalte und Sachargumente. Wer die Menschen mit ihren Sorgen und realen Nöten nicht konsequent einbindet, gefährdet die Demokratie. Und der Populismus hat ein leichtes Spiel.

**C.N.:** Wer sich nicht einbezogen fühlt, beginnt zu resignieren, zu rebellieren oder sich zu radikalieren. Wir können dies nur in dem Maße überwinden, wie wir in der Lage sind, die Ursachen der Krise in uns selbst zu ergründen. Indem wir die Erfahrungen von Einzelnen in den Zusammenhang des Ganzen stellen, kann Vereinzelung überwunden werden. Wer spürt, dass er Teil einer Gemeinschaft ist und auf sie Einfluss hat, erlebt sich als wirksam und hilfreich für das Ganze. Durch eine sicherere Bindung jedes Einzelnen zur gesamten Gesellschaft schließen sich Spaltungen.

**Was bedeuten diese Erkenntnisse für die Politik und die Weiterentwicklung unserer Demokratie?**

**R.H.:** Man kann Politik und all die komplexen, geopolitischen Zusammenhänge ohne die Kenntnis von individuellen, transgenerationellen oder kollektiven Traumata nicht vollständig verstehen. Ohne die innere emotionale Arbeit eines jeden Einzelnen, ohne die innere Arbeit an Emotionen in Teams und ohne die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit unverarbeiteten Erfahrungen werden sich verhärtete Probleme nicht lösen lassen. Nehmen wir die Deutsch-Deutsche Problematik: Strukturell mag Ost- und Westdeutschland vielleicht zusammengewachsen sein. ►

Aber emotional sind wir immer noch ein Land mit zwei Gesellschaften, die völlig unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben. Wenn wir diese Spaltung gemeinsam überwinden wollen, müssen wir uns auch auf eine emotionale Aufarbeitung einlassen. Ohne eine tiefere gesellschaftliche Verständigung droht die Demokratie zu zerfallen.

**Wenn wir das aktuelle Beispiel des Aufstiegs der AfD nehmen: Meine Wahrnehmung ist, dass „Brandmauern“ alleine nicht helfen werden, den Brand zu löschen, sondern ihn eher noch anfeuern. Viele Menschen empfinden sich gesellschaftlich als ausgegrenzt und sehen sich durch die Abgrenzung gegenüber der AfD persönlich weiter an den Rand gedrängt. Dennoch braucht es inhaltlich auch eine klare Haltung. Wie kann das zusammen gehen?**

**C.N.:** Meine unmittelbare Erfahrung auf Schleswig-Holsteins Marktplätzen, auf denen wir bei der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid!“ täglich mit hunderten Bürgerinnen und Bürgern gesprochen haben, ist: Wir müssen zwischen der AfD-Partei und ihrer Wählerschaft unterscheiden. Die Zahl der resignierten Menschen, die sagen: „Die Politik macht doch eh, was sie will“, ist so hoch wie nie zuvor. Und hier habe ich sowohl die zweiundsiebzigjährige Rentnerin, den mittelständischen Unternehmer und die junge Studentin vor Augen. Während die eine resigniert, der andere rebelliert, überlegt die Dritte, sich zu radikalisieren. Es gibt keinen Zusammenhalt, außer im Misstrauen gegenüber dem Staat.

**R.H.:** Populismus inszeniert sich als Sprachrohr der Enttäuschten und Zornigen und verspricht einfache Lösungen. Und das funktioniert nur, weil die anderen Parteien der AfD wichtige Themen überlassen, beziehungsweise andere Sichtweisen dazu an den Rand schieben. Das betrifft den Krieg, Genderthemen, Klima-, Coronapolitik und mehr. Diese Themen lösen Ängste in der Bevölkerung aus; diesen muss bewusst begegnet werden. Bevor der Populismus sie instrumentalisieren kann. Doch neben und unter diesen realen politischen Sorgen liegen oft genug auch Erfahrungen von Nichtgehörtwerden, seelischer und physischer Gewalt



**„Kontakt und Beziehung bedeutet keinesfalls Zustimmung. Wir müssen klar ‚Nein‘ sagen können, ohne die Menschen selbst auszugrenzen. Niemand lässt sich überzeugen von Menschen, die er nicht leiden kann.“**

Roman Huber,  
Geschäftsführender Bundesvorstand

und Ohnmacht. Um dem zu begegnen, hilft nur eine auch emotional bezogene Kommunikation, die den Teufelskreis der Ausgrenzung aufweichen kann. Wichtig hierbei ist: Kontakt und Beziehung bedeutet keinesfalls Zustimmung. Wir müssen klar „Nein“ sagen können, ohne die Menschen selbst auszugrenzen. Niemand lässt sich überzeugen von Menschen, die er nicht leiden kann.

**Wie könnten eure Erkenntnisse in praktische Politik umgesetzt werden? Was braucht es dafür?**

**C.N.:** Keine Politikerin und kein Politiker wird uns aus der Krise „herausregieren“ können, indem er über die Zerrissenheit der Gesellschaft hinwegsieht. Mit der inhaltlichen politischen Arbeit muss die emotionale Arbeit einhergehen. Und das geht am leichtesten mit Formaten wie Bürgerräten. Stellen wir uns solche Elemente in jeder Gemeinde, in jeder Stadt vor. Und zwar immer genau zu jenen Sorgen, die die Menschen wirklich umtreiben. Professionell moderiert, das bedeutet auch emotional bewusst statt reaktiv, bringen sie verbindende demokratische Erfahrungen hervor. Zusammenhalt müssen wir gemeinsam erzeugen. Darum geht es.

**R.H.:** Kollektive Traumata können nur kollektiv bearbeitet werden. Je psychologisch sicherer sich der Einzelne fühlt, desto stärker wird die demokratische Kultur. Alles mit einbeziehen können, auch das, was man nicht sieht oder sehen kann, bedeutet, die tieferen Schichten der Menschen ernstzunehmen. Nur so bauen wir gesellschaftlichen Stress ab. Emotionen müssen gerade nicht unterdrückt, übergangen oder abgespalten werden, sondern dienen der Verbindung und der Lösungsfindung. Dadurch wird mehr Potenzial fürs Ganze frei.

**Beispiel Klimapolitik: Die einen machen Druck und erleben die Apokalypse, die anderen verweigern sich und wollen ihr Leben bewahren, wie es ist. Wie kann der Widerspruch aufgelöst werden, dass wir angesichts der Krisen „keine Zeit“ mehr haben, aber eine Klimawende neben handwerklicher Sorgfalt vor allem auch viel Kommunikation und ein empathisches Mitnehmen der Menschen braucht?**

**R.H.:** Vor Ort wird dies leicht deutlich. Wandel kann man nicht von oben verordnen, Wandel muss auch von unten kommen. Die Kommunen sind die Basis der politischen Arbeit. Sie sind die Grundpfeiler unserer Demokratie. Auch die ganz großen Themen, wie die Anforderungen durch den Klimawandel, müssen am Ende auf kommunaler Ebene beantwortet werden. Nehmen wir das Beispiel Wärme. Jede und jeder von uns wohnt irgendwo und ist deswegen als Besitzerin oder Mieter betroffen. Eine lokale Wärmewende wäre ein zentraler Schritt hin zu einer klimaneutralen Kommune und Gesellschaft. Konkret: Die Dämmung von vielen hunderttausend Häusern kann nur mit und nicht gegen die Menschen gelingen.

**C.N.:** Erst wenn jede und jeder mitmachen kann, wird es ruckzuck gehen! Wir behindern doch die Umsetzung der Politik nur, weil wir am Spielfeldrand stehen und alles besser wissen. Wenn wir aber selbst auf dem Feld und im Spiel unseren Job machen müssen, versuchen wir, unser Bestes zu geben. Die ersten Gemeinden, Städte und sogar Landesregierungen, wie zum Beispiel Baden-Württemberg, Brandenburg oder Sachsen, beginnen, dieses Prinzip zu erkennen und langsam umzudenken.

**Nun ist beim Heizungsgesetz genau das Gegenteil passiert. Es wurde von oben verordnet und hat riesigen Widerstand hervorgerufen. Robert Habeck sagte später selbst: „Was mir in den Knochen steckt, ist, dass ich diesen Moment der gesellschaftlichen Veränderung zu spät gesehen habe. Nach dem ersten Jahr des russischen Kriegs gegen die Ukraine und der Energiekrise, wo alles so irre schnell gehen musste, wo es bei Entscheidungen auf Tage ankam, sind wir im gleichen Tempo weitergelaufen ... Das traf auf eine große Krisenerschöpfung, nach all dem, was die Menschen in den letzten Jahren strapaziert hat - die Pandemie, der Krieg zurück in Europa, die Inflation. Wenn in so einer Phase der Verunsicherung auch noch wild Ängste geschürt werden - da kommt jemand, reißt deine Heizung raus -, wird daraus ein schwieriges Gemisch.“ (ZEIT 9.8.2023) Die Frage für mich ist: Warum hat Habeck das nicht vorhergesehen? Und wie könnte ein Krisenmanagement konfliktbewusster stattfinden?**

**R.H.:** Was in Politik und Demokratie neben schneller Problemlösung immer auch beachtet werden muss, ist die Wahrnehmung des Ganzen. Da scheint Robert Habeck zu sehr in seiner Regierungsblase zu stecken. Sonst wäre dies nicht passiert. Vor lauter „schnell, schnell“ dauert es am Ende viel länger. So eine umfassende Reform verschreckt die Menschen in dem Maße, wie verpasst wird, sie einzubinden. Unsere These auf den Punkt gebracht: Entscheidend ist es, alle Perspektiven mit einzubeziehen und die kollektive Intelligenz aller zu aktivieren. Dies scheint zunächst anstrengen-

der, aber in der Gesamtschau ist für mich sehr klar: Durch die konkrete Beteiligung aller Menschen kommen wir zu besseren und billigeren Lösungen. Am Ende ist es sogar schneller, wenn man den Zeitraum von der ersten Idee bis zur Umsetzung misst.

**C.N.:** Führungskräfte der Zukunft sind Architekten sozialer Systeme. Dafür brauchen sie spezielle, neu ausgerichtete Fähigkeiten oder auch den Mut, solche Prozesse extern organisieren zu lassen. Mehr Demokratie hat hier eine wichtige Funktion: Wir entwickeln Prototypen! Und in Romans und meinem Buch gibt es ein ganzes Kapitel mit weiteren Vorschlägen.

### Wie kann eurer Meinung nach eine Regeneration in Krisenzeiten stattfinden?

**C.N.:** Resiliente und unabhängige Menschen sind Ankerpunkte einer Gesellschaft. Gefestigte Persönlichkeiten sind vor Manipulation gefeit. Von unserer radikalen Selbstverantwortung und Fähigkeit, uns selbst regulieren zu können, hängt unser Überleben ab! Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Stabilität entstehen nicht durch starres Festhalten an alten Errungenschaften, sondern durch Beweglichkeit, die das labile Gleichgewicht immer wieder neu herstellt. Wir müssen innerlich krisenfest werden. Eine zukünftige Kulturkompetenz beinhaltet die Fähigkeit, mit kollektivem Stress, Spaltung und Emotionen auch gesellschaftlich umgehen zu können. Der Zusammenhalt entsteht durch innere Bezüge des Einzelnen zum Ganzen. Nur wer eingebunden ist, wird sich nicht verloren fühlen. Und wer sich zugehörig fühlt, wird den Zusammenhalt nicht gefährden. Das ist die Demokratie der Zuneigung, für die wir uns einsetzen. /



**Claudine Nierth, Roman Huber**  
Die zerrissene Gesellschaft -  
So überwinden wir gesellschaftliche  
Spaltung im neuen  
Krisenzeitalter  
Goldmann Verlag, 270 Seiten,  
18 Euro



#### BESTELLEN:

[shop.penguinrandomhouse.de/  
shop/article/50317054/claudi-  
ne\\_nierth\\_roman\\_huber\\_die\\_zer-  
rissene\\_gesellschaft.html](https://shop.penguinrandomhouse.de/shop/article/50317054/claudine_nierth_roman_huber_die_zerrissene_gesellschaft.html)



# Künstliche Intelligenz trifft die Demokratie

KI ist eine Gefahr für die Demokratie. Aber es gibt auch Chancen - von Annette Jensen

**K**ünstliche Intelligenz (KI) hat den Alltag erreicht, seit ChatGPT im November 2022 veröffentlicht wurde. Jeder kann nun Artikel oder Zusammenfassungen zu beliebigen Themen in Auftrag geben und bekommt in Nullkommanichts eine Lieferung. Die Texte enthalten zwar oft sachliche Fehler, doch sie lesen sich wie von Menschen verfasst. Viele gehen deshalb davon aus, dass hier ein Wesen mit Bewusstsein am Werk sein muss. Tatsächlich aber basiert das Programm der US-Firma *OpenAI* auf Dokumenten aus dem Internet und ermittelt daraus je nach Anforderung die wahrscheinlichsten Wortkombinationen. „Was wir jetzt brauchen, ist eine ganze Menge Aufklärung. Das ist ja nicht das Orakel von Delphi, sondern nur Sprache“, sagt Julia Reinhardt, Senior Fellow bei *Mercator*. Beim Digitalkongress von Mehr Demokratie fordert sie klare Regeln, damit „den Menschen kein Quatsch erzählt wird“.

Derweil kommen grelle Warnrufe über den Atlantik. KI habe ein immenses Vernichtungspotenzial, genau wie Pandemien oder ein Atomkrieg, schreibt das im Silicon Valley ansässige *Zentrum für KI-Sicherheit*. Unterschrieben wurde das Dokument sowohl von seriösen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wie Frank Hutter, der an der Freiburger Uni das Labor für maschinelles Lernen leitet, als auch von führenden Personen aus kommerziellen IT-Firmen.

Die Gefahren durch KI sind vielfältig und kaum absehbar. Sie ist in der Lage, selbst zu lernen und ihre Ergebnisse ständig zu verbessern - doch in wessen Sinne und zu wessen Nutzen? Jede Glaubwürdigkeit droht zu erodieren, wenn die Wirklichkeit hinter manipulierten Videos und inszenierten Scheindiskussionen verschwindet. Und während die Recherche mit einer Suchmaschine noch die Auswahl von Quellen erlaubt, bietet KI die bequeme

Möglichkeit, sich gleich eine Zusammenfassung liefern zu lassen. Doch

**Heute mögen Chatbots und virtuelle Welten noch primitiv wirken. Aber schon bald, vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren, werden wir sie kaum noch unterscheiden können von der echten Realität oder echten Menschen.**

David J. Chalmers  
(Philosoph, Internetvisionär)

worauf fußen die Informationen und welche Positionen fallen unter den Tisch? Ist es nicht gerade die Ausein- ▶





#### UMFRAGE: BEDROHUNG DER DEMOKRATIE DURCH KI

Jede zweite Person in Deutschland zwischen 16 und 75 Jahren sieht in KI-Anwendungen wie ChatGPT eine Gefahr für die Demokratie. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Forsa* im Auftrag des TÜV hervor. „Die Bürgerinnen und Bürger befürchten eine Welle von Falschnachrichten, Propaganda und manipulierten Bildern, Texten und Videos“, sagte Joachim Bühler, Geschäftsführer des TÜV-Verbands. 84 Prozent der Befragten gingen der Umfrage zufolge davon aus, dass Künstliche Intelligenz (KI) die Verbreitung von Fake News erheblich beschleunigen werde. 91 Prozent glaubten, dass in Zukunft kaum noch erkennbar sein werde, ob Fotos oder Videos echt oder gefälscht seien. Trotz aller Bedenken: Jede zweite Person ging generell davon aus, dass die Chancen von KI die Risiken übersteigen. Für die Umfrage wurden 1.021 Menschen befragt.

andersetzung mit unterschiedlichen Positionen, die für jede gesellschaftliche Entwicklung notwendig ist? Und überhaupt: Was ist mit der Welt, die nicht im Netz stattfindet und dort auch nicht repräsentiert ist?

Dass KI eine immense Bedeutung für die Demokratie haben wird, ist unbestritten. Noch aber ist nicht ganz entschieden, ob sie ausschließlich eine Bedrohung darstellt oder auch Chancen birgt. Wie alle Techniken ist Künstliche Intelligenz weder gut noch schlecht. Worauf es ankommt, ist, wer über Ziel und Einsatzfelder bestimmt und mit welchen Daten die Programme gefüttert werden.

Etwas 150 Milliarden Euro haben die großen US-Techfirmen bis 2021 in die Entwicklung gesteckt, wie die *Stanford University* herausgefunden hat. Auch die chinesische Regierung war nicht knausrig. Sie verfügt über den größten Berg personalisierter Daten weltweit – dank fehlender Schutzmechanismen für ihre Bürgerschaft. Was die Weiterentwicklung von Demokratie angeht, ist von diesen beiden Seiten nichts zu erwarten: Den einen geht es um noch mehr Profit, den anderen um die Absicherung ihrer Diktatur. Wenig ermutigend ist auch die Recherche, die undercover dem geheimnisumwobenen „Jorge“ auf die Spur kam. Der initiiert mit Hilfe von künstlicher

Intelligenz Kampagnen und Shitstorms auf Social-Media-Kanälen im Sinne seiner Geldgeber. Dafür verbreitet eine Armada von Avataren Fehlinformationen und führt Scheindebatten. Seinen vermeintlichen Kundinnen und Kunden gegenüber rühmte sich Jorge, dass er angeblich bereits 33 Präsidentschaftskampagnen beeinflusst hat. Noch gut

im Gedächtnis dürfte auch der Skandal um *Cambridge Analytica* sein: Mit gezielt platzierten Fake-News über Hillary Clinton verhalf das Unternehmen Donald Trump zur US-Präsidentschaft.

„Es ist leichter, den Finger in die Wunde zu legen als positive Punkte zu finden“, äußert Daniel Leisegang von *Netzpolitik.org* beim Digital Democracy

#### KÖNNEN WIR KÜNSTLICHER INTELLIGENZ VERTRAUEN?

**Von nicht überprüfbaren Fragestellungen sollte man eine KI fernhalten. Zum Beispiel sollte eine KI in neuartigen Situationen, sei es eine Pandemie oder der Mauerfall, keine politischen Ratschläge erteilen. Diese wären weder zu dem Zeitpunkt noch später in ihrer Wirkung nachprüfbar. Und dann könnte es noch KI-Systeme geben, die Werturteile abgeben – auch denen sollten wir nicht trauen. Das sind Entscheidungen, bei denen auch unter Fachleuten eine gewisse Uneinigkeit herrschen kann, weil persönliche Werte mit hineinspielen. Zum Beispiel bei Gerichtsurteilen, bei der Personalauswahl oder in der Bewertung eines Examens.**

Katharina Zweig  
(Algorithm Accountability Lab Kaiserslautern)

Summit. Es falle ihm schwer, optimistisch zu sein, was die Bedeutung der KI für die Demokratie angehe. Zunehmend gehen täuschend echt wirkende Fotos und Videos von Politikerinnen und Politikern viral, die trotz offensichtlich gefälschter Inhalte enorme Wirkung entfalten können. Vieles müsse nicht plausibel sein - und verfange trotzdem. „Wir brauchen strikte, strikte Regulierung“, so Leisegang. Das findet auch Felix Kartte von der Organisation *Reset*, die sich für einen Neustart des Internets stark macht - weg von Medienmonopolen und hin zur Selbstorganisation. Bisher gäbe es keine Regulierungsbehörde, die ausreichend Kapazitäten und Expertise hat, um es mit *Google* aufzunehmen. Das müsse sich ändern.

Immerhin will die EU die Grundlagen regeln, in welcher Form und unter welchen Voraussetzungen KI in Europa zum Einsatz kommt. Mitte Juni hat das Parlament den Gesetzesentwurf der Kommission verschärft. Systementwicklerinnen und Systementwickler sollen verpflichtet werden, im Vorfeld ausführlich zu prüfen, welche Risiken für Demokratie, Gesundheit, Grundrechte, Umwelt und Sicherheit von ihren KI-Anwendungen ausgehen können - und im Zweifel Abhilfe schaffen. Auch muss dokumentiert werden, wie die Algorithmen funktionieren, welche Trainingsdaten zum Einsatz kommen und wie das System gegen Cyberangriffe geschützt ist. Schließlich verlangen die EU-Abgeordneten auch noch sicherzustellen, dass beispielsweise in Bewerbungsverfahren mit KI-Unterstützung keine Diskriminierungen stattfinden.

Wie zu erwarten wettet der deutsche KI-Bundesverband gegen das Gesetz: Fachwissen und Innovationen würden so aus Europa vertrieben. Auch die konservative EVP-Fraktion positionierte sich gegen eine „Überregulierung“. Unmittelbar nach der Abstimmung begannen die Verhandlungen zwischen EU-Parlament und Kommission. Angesichts der immensen Geschwindigkeit der technischen

## ChatGPT

### Die Fragen stellte Marcus Meier

**Zählen zu den politischen Denkerinnen und Denkern, die Deine Quellen sind, nur Menschen, die demokratische Systeme befürworten?**

Nein, meine Quellen umfassen ein breites Spektrum an politischen Denkerinnen und Denkern, unabhängig davon, ob sie demokratische Systeme befürworten oder nicht. [...]

**Bist Du neutral in der Frage von Demokratie und Diktatur?**

Als KI-Modell habe ich keine eigene Meinung, Überzeugung oder politische Ausrichtung, einschließlich der Frage von Demokratie und Diktatur. Meine Neutralität besteht darin, dass ich bestrebt bin, objektive und sachliche Informationen bereitzustellen, die auf dem mir zur Verfügung stehenden Wissen basieren. [...]

Entwicklungen soll das Gesetz so rasch wie möglich greifen.

Vielleicht lassen sich jedoch mit Hilfe von KI auch Fortschritte für die Demokratie erzielen. So könnte KI dazu beitragen, staatliche Entscheidungen transparenter zu machen. Bisher horcht die öffentliche Verwaltung die meisten Dokumente und verfügt damit über „Herrschaftswissen“, kritisiert David Werdermann von der *Gesellschaft für Freiheitsrechte*. Dabei gilt in Demokratien offiziell das Prinzip der Transparenz. KI könnte dabei helfen, die Verwaltung bei Nachfragen zu entlasten und die entsprechenden Dokumente und Informationen rasch zur Verfügung zu stellen. Arne Semsrott von *FragDenStaat* verweist auf das Vorbild Norwegen, wo das seit längerem so läuft. Zwar hat die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag ein Bundestransparenzgesetz angekündigt, doch noch liegt kein Referentenentwurf vor.

Und warum KI nicht einsetzen, um politische Empfehlungen zu entwickeln? Das zum Google-Konzern gehörende Forschungsunternehmen *Deep Mind* hat vor Kurzem ein Experiment mit 4.000 Menschen durchgeführt. Sie sollten über die Verteilung öffentlicher Gelder bestimmen. Anschließend destillierte die KI aus den Anregungen einen Vorschlag - und bekam dafür die meisten Stimmen. Das gibt Anlass für ein anderes Gedankenspiel: Warum nicht ein KI-Programm mit Dokumenten zu internationalen Verpflichtungen wie dem Pariser Klimaschutzabkommen und wissenschaftlichen Daten füttern und dann mit der aktuellen Politik der Regierung abgleichen? Zwar sollten Entscheidungen am Schluss immer von Menschen getroffen werden. Aber vielleicht kann die KI ja helfen, bessere Lösungen zu finden.

Das A & O einer demokratiefreundlichen KI ist in jedem Fall die Überprüfbarkeit der Algorithmen sowie die Vertrauenswürdigkeit der Trainingsdaten. Als ein Positivbeispiel gilt hier F13, das vom *Innovationslabor Baden-Württemberg* und dem Heidelberger Start-up *Aleph Alpha* entwickelt wurde. Es kann Dokumente zusammenfassen, Recherchen durchführen und Vermerke für Kabinettsvorlagen schreiben. Seit Kurzem testen einige Landesministerien das System.

Dabei ist ganz klar: Der Aufbau neuer Infrastrukturen ist teuer. Die Alternative ist, den US-Giganten das Feld zu überlassen und aufzugeben. 30 Milliarden Euro haben die bereits im ersten Halbjahr wieder in KI investiert - in ganz Europa waren es gerade einmal vier Milliarden. /



**Annette Jensen**

ist freie Journalistin und Autorin und lebt in Berlin.

# Der Volksentscheid für ein Klimaschutzgesetz in der Schweiz

Während sich in Deutschland die Stimmung gegen die Klimapolitik der Regierung und innerhalb der Bevölkerung aufheizt, entscheidet sich die Schweiz mit einem Volksentscheid für ein neues Klimaschutzgesetz. Am 18. Juni wird es mit 59,1 Prozent der Stimmen angenommen. Marcel Hänggi war der Initiator der vorausgegangenen Gletscherinitiative. Er reflektiert in diesem Text sein eigenes Engagement und den Erfolg und die Grenzen der Volksinitiative.

Von Marcel Hänggi





**E**nde 2015 verkündete die Bundesrätin Doris Leuthard auf der Klimakonferenz COP21 in Paris, die Schweiz werde sich für die Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad einsetzen.

„Paris“, schrieb ich damals, „ist ein immenses Versprechen. Jetzt gilt es, das Versprochene einzufordern. Jetzt beginnt die große Arbeit.“ Ein halbes Jahr nach der COP21 schlug ich deshalb vor: Lancieren wir eine Volksinitiative! Aus dem Vorschlag wurde die Gletscherinitiative und aus dieser das Klimaschutzgesetz. Die „große Arbeit“ hat mich siebeneinhalb Jahre lang beschäftigt.

#### **Hat sie sich gelohnt?**

Ja.

#### **Hat sich das Instrument der Volksinitiative als tauglich dafür erwiesen, in einer existenziellen Krise Antworten zu finden?**

Da muss ich ausholen.

#### **Die Initiative**

Klimapolitik ist im Grunde entwaffnend einfach: Wir müssen aufhören, Treibhausgase zu emittieren. Und das heißt vor allem: aufhören, Erdöl, Erdgas und Kohle zu verbrennen. Mehr Erneuerbare? Gewiss, aber als Mittel, nicht als Zweck. Wenn man die erneuerbaren Energien zusätzlich zu den fossilen verbraucht, bringen sie dem Klima nichts.

2018 gründeten 80 Personen den Verein *Klimaschutz Schweiz* als Trägerverein. Ende April 2019 lancierten wir die Gletscherinitiative, und im November reichten wir sie mit 113.000 Unterschriften ein. Mit dem Umweltrechtler Heribert Rausch habe ich den Initiativtext erarbeitet. Dessen Kern war, neben dem Netto-null-Emissionsziel, das Verbot fossiler Energien ab 2050. Gleichzeitig bauten wir unser Netzwerk auf: Tausende, die sich über mehrere Jahre für das Anliegen engagierten. Diese Basis war ein wesentlicher Grund, warum das Klimaschutzgesetz angenommen wurde.

Als wir im März 2018 erstmals in die Medien gelangten, war der mediale Tenor: eine radikale Initiative! „Brandgefährlich“ nannte sie *Economiesuisse* (einer unserer späteren Partner). Als ich jedoch Ende 2018 erstmals im Bundeshaus war, staunte ich, wie viele Nationalräte und Nationalrätinnen geradezu begeistert reagierten. Ich konnte FDP-Ständerat Noser für das Initiativkomitee gewinnen: ein erster Medien-coup. Mit einem prominenten Freisinnigen als Unterstützer einer Initiative, die etwas verbieten will, hatten die Medien nicht gerechnet. Am Ende unterstützten die Freisinnigen das Klimaschutzgesetz mit grosser Mehrheit.

#### **Die parlamentarische Phase**

Der Bundesrat (die Bundesregierung mit sieben Ministerinnen und Ministern) machte schließlich einen direkten Gegenvorschlag, der den Text der Gletscherinitiative über- ▶

nahm, aber sein Herz, das Verbot fossiler Energien, amputierte. Im Oktober 2021 nahm die Umweltkommission des Nationalrats (eine Kammer des Parlaments) ihre Beratungen auf. Die Kommission erarbeitete einen eigenen, indirekten Gegenvorschlag: das Klimaschutzgesetz, über das wir nun abgestimmt haben.

Initiatorinnen und Initiatoren einer Volksinitiative haben von Gesetzes wegen nur drei Aufgaben: Sie verfassen den Text, sie sammeln die Unterschriften und sie entscheiden über einen allfälligen Rückzug. In Wirklichkeit ist die schweizerische Demokratie eine ausgeprägte Verhandlungsdemokratie. So wirkten wir denn im Hintergrund an der Entstehung des Gegenvorschlags stark mit. Ich erlebte diese Phase als konstruktiv; wir arbeiteten gut mit Politikerinnen und Politikern aller Parteien außer der rechtspopulistischen SVP zusammen. Einzig das Fossilenergieverbot war nicht vermittelbar. Unsere Politikverantwortliche Michèle Andermatt und ich, wir trugen Ideen der Politikerinnen und Politiker zu den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und deren Kritik zurück zur Politik. So entstand das Konzept der Netto-null-Fahrpläne und der Innovationsförderung. Es reflektiert (wie auch neue Klimagesetze der USA, der EU oder Indiens) einen Paradigmenwechsel der empirischen Klimasozialwissenschaften. Diese haben in den letzten Jahren gezeigt, dass eine aktive Innovationspolitik bessere Resultate bringt als eine Lenkungsabgabe, die laut neoklassischen Ökonomielehrbüchern das ideale Instrument sein müsste.

Nicht leicht fiel es mir, das Fossilenergieverbot aufzugeben. Wenn man etwas loswerden will, ist ein Verbot meines Erachtens gerade aus freiheitlicher Sicht der beste Weg. Aber immerhin schreibt das Klimaschutzgesetz, das wir am 18. Juni angenommen haben, vor, dass seine Ziele und Zwischenziele so weit als „möglich“ und „wirtschaftlich trag-

bar“ durch Emissionsminderungen im Inland erreicht werden müssen. Bei aller Unschärfe: Im Kern ist das Klimaschutzgesetz ein Bekenntnis zum Ausstieg aus den fossilen Energien.

### Der Abstimmungskampf

Aber nichts von dieser Kernidee blieb in der öffentlichen Debatte im Abstimmungskampf. Gestritten wurde, wieder einmal, um das Mehr: darum, wo denn nun der Strom herkomme, den man mit der Dekarbonisierung des Energiesystems zusätzlich braucht, und was das kostet. Diese Auseinandersetzung brachte manche Ernüchterung:

- **Erstens:** Unsere Gegnerin, die SVP, fuhr eine massive Desinformationskampagne.
- **Zweitens:** Komplexe Botschaften lassen sich im Abstimmungskampf kaum vermitteln. Schon dass mit der Energiewende der Strombedarf zu-, der Gesamtenergiebedarf aber abnehmen wird, war schwierig verständlich zu machen.
- **Drittens:** Als Journalist habe ich immer versucht, allgemein geteilte feste Denkmuster zu durchbrechen. In einem Abstimmungskampf geht das nicht. Wenn die SVP Panik vor einer katastrophalen „Stromlücke“ schürt, muss man die Ängste beschwichtigen und kann nicht gut fragen: Brauchen wir denn überhaupt so viel Energie?
- **Viertens:** Themen, die im Zusammenhang mit der Klimakrise wichtig wären, blieben in der Debatte außen vor; auch wir pushten sie nicht. Alles, was wir sagten, musste für unsere breite Koalition von grün bis freisinnig akzeptabel sein. Klimagerechtigkeit, Suffizienz oder gar die Notwendigkeit systemischer Veränderungen waren kein Thema. Wir betonten, dass das Klimaschutzgesetz keine Verbote enthält.
- **Fünftens:** Die Medien berichteten mehrheitlich wohlwollend über das Klimaschutzgesetz. Doch auch wenn sie es wohlwollend taten, taten sie es in dem von der SVP gesetzten Rahmen: Man sprach über die angeblich drohende „Stromlücke“. Und vor allem sprach man über Kosten - die (angeblichen) Folgekosten des Gesetzes, nicht aber die Kosten des Status quo. Noch nach der Abstimmung fragte RTS (der französischsprachige öffentlich-rechtliche Rundfunk): „Was ändert sich durch das Klimagesetz für Sie? (...) Auf was muss man verzichten?“, und nicht etwa: „Was gewinnen wir?“.

### Fazit und Ausblick

Die Schweiz hat sich als erstes Land in einer Volksabstimmung zum Netto-null-Emissionsziel bekannt. 59 Prozent sind ein schöner Erfolg und deblockieren die schweizerische Klimapolitik. Die große Arbeit hat sich gelohnt.

Es bleibt aber bei mir das ungute Gefühl, mein Engagement könnte zum Glauben beigetragen haben, mit dem Klimaschutzgesetz hätte die Schweiz ihre Schuldigkeit getan.



Ich hatte in den letzten Monaten manchmal das Gefühl, in zwei Welten zu leben: hier die alarmierenden Berichte zur Klimakrise, da das Klein-Klein des Abstimmungskampfs.

Es stellt sich die große Frage, wie man Mehrheiten findet, wenn Klimapolitik nicht mehr daherkommt „wie ein Schlagersong: gefällig und schmerzfrei“. Früher oder später wird nichts an der Erkenntnis vorbeiführen, dass wir im Globalen Norden mehr Ressourcen verbrauchen, als uns zustehen. Wie lässt sich eine solche Erkenntnis demokratisch verhandeln?

In einer Abstimmungsdemokratie, wie ich sie erlebt habe, vermutlich nicht.

Gemeinden und Kantone mit ambitionierteren Klimazielen weisen den Weg. Ein besonders interessantes Beispiel ist die Glarner Landsgemeinde. (Die gesetzgebende Versammlung aller stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger des Kantons Glarus. Neben dem Stimmrecht besitzt jeder auch das Recht, das Wort zu einer Vorlage zu ergreifen und Abänderungsanträge zu stellen.) Der Kanton hatte sowohl das Klimaschutz- wie auch das CO<sub>2</sub>-Gesetz abgelehnt. Zwischen den beiden Abstimmungen folgte die Glarner Landsgemeinde aber einem Antrag aus der Klimabewegung und verabschiedete ein ambitioniertes Energiegesetz samt Öl- und Gasheizungsverbot.

Wie war das möglich? Die NZZ schrieb: „Die Glarner tun sich noch am Tag nach der Abstimmung schwer, das Passierte zu erklären. Die Rede ist von ‚Landsgemeinde-Psychologie‘. Davon, dass ‚das eben Landsgemeinde‘ sei. Dass gewisse Dinge nur hier geschähen, im Ring, wo die Demokratie nicht nur eine direkte, sondern eine unmittelbare ist.“<sup>1</sup>

Während man sich in der Urnendemokratie jeder Diskussion verschließen kann, um am Ende doch „Nein“ auf den Zettel zu schreiben, weil man persönliche Nachteile befürchtet oder jede Veränderung ablehnt, verlangt die Landsgemeinde ein minimales Engagement: Man muss sich persönlich auf den Landsgemeindeplatz begeben und den Voten zuhören. Das ermöglicht immer wieder Entscheide außerhalb dessen, was im normalen Politgeschäft liegt.

In einer Demokratie müssen alle mitbestimmen können, die das wollen. Wer von einer Sache, über die zu entscheiden ist, nichts versteht, hat ein Anrecht darauf, dass man es ihr oder ihm erklärt. Aber warum sollen auch Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden, die gar nicht verstehen wollen?

Ich weiß nicht, wie die Demokratie aussehen muss, die mit existenziellen Krisen umgehen kann. Vielleicht sind Bürgerräte eine Lösung, in denen für die Gesamtbevölkerung repräsentativ ausgewählte Menschen sich intensiv mit einem Thema auseinandersetzen und Maßnahmen vorschlagen. Mehrere Staaten weltweit und auch Schweizer



**Das Klimaschutzgesetz in Kürze**

[www.srf.ch/news/abstimmungen-18-juni-2023/klimaschutz-gesetz/auf-einen-blick-das-klimaschutz-gesetz-in-kuerze](http://www.srf.ch/news/abstimmungen-18-juni-2023/klimaschutz-gesetz/auf-einen-blick-das-klimaschutz-gesetz-in-kuerze)

# Klimaschutzgesetz



**Das Klimaschutzgesetz**

[www.youtube.com/watch?v=Q3F1UgjXvmM](https://www.youtube.com/watch?v=Q3F1UgjXvmM)



**Der Gesetzestext**

[www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2022/2403/de](http://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2022/2403/de)

Gemeinden wie etwa die Städte Uster oder Prilly haben geloste Klima-Bürgerversammlungen durchgeführt. Weil sie gut informiert sind, heißen die Versammlungen auch Vorschläge gut, die im normalen Politbetrieb als zu radikal gälten und deshalb keine Chance hätten.

Wie viel solche Versammlungen taugen ist umstritten. Aber die Umweltkrise fordert die Gesellschaft jenseits dessen heraus, was bisher als normal gilt. Wir werden auch die Normalitäten unserer demokratischen Entscheidungsfindung überdenken müssen. /



**Der Text ist die gekürzte Version eines Artikels vom 13.7.23 der Zeitschrift „Republik“**


[www.republik.ch/2023/07/13/die-klimakrise-bedroht-uns-in-der-existenz-was-hilft-da-eine-volksinitiative](http://www.republik.ch/2023/07/13/die-klimakrise-bedroht-uns-in-der-existenz-was-hilft-da-eine-volksinitiative)



**Marcel Hänggi**

war Journalist und Buchautor, bis er sich für die Gletscherinitiative zu engagieren begann. Zurzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Vereins Klimaschutz Schweiz. [www.klimaschutz-schweiz.ch](http://www.klimaschutz-schweiz.ch)

<sup>1</sup> [www.nzz.ch/schweiz/klimapolitik-das-wunder-von-glarus-ld.1644230](http://www.nzz.ch/schweiz/klimapolitik-das-wunder-von-glarus-ld.1644230)



Seit 35 Jahren bringt Mehr Demokratie die direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran und kümmert sich um Transparenz und ein faires Wahlrecht.

Das Gespräch ist das Herz der Demokratie. Wir reden mit Menschen auf der Straße, in Initiativen und in der Politik.

Unsere Überzeugung ist, dass Menschen fähig sind, frei, selbstbestimmt und in Respekt miteinander zu leben und gemeinwohlorientiert mitzubestimmen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

Folgen Sie uns auf den Social Media-Kanälen. Dort posten wir regelmäßig Hinweise auf Veranstaltungen, spannende Verfahren in den Bundesländern und Kommunen und vieles mehr.

 [facebook.com/mehrdemokratie](https://facebook.com/mehrdemokratie)  
 [twitter.com/Volksentscheid](https://twitter.com/Volksentscheid)  
 [instagram.com/mehr\\_demokratie](https://instagram.com/mehr_demokratie)

[info@mehr-demokratie.de](mailto:info@mehr-demokratie.de)  
Tel. 030-42 08 23 70  
[www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)



**MEHR  
DEMOKRATIE**